

Religion und Rechtspopulismus

Oliver Hidalgo • Alexander Yendell

Im Zuge der Verhältnisbestimmung zwischen Religion und Rechtspopulismus kursieren in der wissenschaftlichen Debatte derzeit zwei auf den ersten Blick konkurrierende Thesen. Zum einen ist davon die Rede, dass Rechtspopulisten religiöse Inhalte und Bezüge für die eigene politische Agenda förmlich »kidnapen« (1), indem sie sich die religiöse Tradition des Christentums selektiv und bisweilen sogar verfälschend aneignen (2). Die christliche Religion droht dadurch zu einer Art Kulturreligion oder Heimatglauben zu verkommen, der bevorzugt dafür instrumentalisiert wird, das »Abendland« gegen die Immigration von »Fremdgläubigen« zu verteidigen. Zum anderen sind jedoch keineswegs nur oberflächliche programmatische Schnittmengen zwischen Religion und Rechtspopulismus festzustellen und treffen sich religiöse und rechtspopulistische Doktrinen gerade in Süd- und Osteuropa nicht selten in einem soziokulturellen Autoritarismus, der sich vor allem durch eine scharfe Law & Order-Rhetorik, eine antipluralistische Politik gegen (religiöse) Minderheiten sowie ein äußerst konservativ anmutendes Familienbild auszeichnet (3). Gerade was Themen wie die Ablehnung von Gender-Mainstreaming, der Kampf gegen Abtreibung u. ä. angeht, ziehen religiöse und rechtspopulistische Akteure auffällig oft an einem Strang (4), was sich teilweise auch im Wählerverhalten niederschlägt (5).

Der hier nur grob zu skizzierende, zwiespältige Befund, der im Hinblick auf Religion und Rechtspopulismus zwischen »Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen« zu unterscheiden hat (6), verlangt zumindest zweierlei: Erstens, sich bei der davon berührten Problematik in besonderem Maße vor Pauschalaussagen und -urteilen zu hüten; und zweitens, zu registrieren, dass nicht nur die offiziellen Positionen und Verlautbarungen der christlichen Kirchen in Europa zu den von Rechtspopulisten reklamierten Themen eine gehörige Bandbreite aufweisen, sondern dass sich die Kirchen überhaupt zunehmend schwertun, das Spektrum der Auffassungen zu repräsentieren, das Gläubige wie Säkulare in punkto »Religion und Rechtspopulismus« gegenwärtig an den Tag legen. Nur so ist es etwa zu erklären, warum die sehr engagierte Haltung der christlichen Kirchen und Verbände in der Asyl- und Integrationspolitik in den letzten Jahren teilweise sehr deutlich von den eher restriktiven Positionen christlich-konservativer Parteien abwich (7), wobei beide, christliche Kirchen und Parteien, während der gefühlten »Flüchtlingskrise« nach 2015 mit einem massiven Vertrauensverlust an ihrer Basis fertigwerden mussten. Demnach bestehen in der Frage nach dem Verhältnis zwischen Religion und Rechtspopulismus einige evidente Ambivalenzen, die eine sorgfältigen Analyse zu berücksichtigen hat.

Die Religion als Schlüsselfrage in der Strategie des Rechtspopulismus

Die Uneindeutigkeit, ja Widersprüchlichkeit, inwieweit die Religion dem Rechtspopulismus als Ressource dient, sollte nicht dazu führen, die Relevanz der Thematik als solche zu unterschätzen. Wie ein Sonderheft der *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* (8) demonstriert, ist die Berufung auf das Christentum gepaart mit einer Diffamierung »des« Islam mittlerweile sogar zum Hauptmerkmal avanciert, das nahezu alle rechtspopu-

listischen Parteien und Bewegungen in Europa miteinander teilen. Letztere identifizieren sich pro forma mit dem Christentum, um die abendländische Kultur gegenüber »dem« Islam / »den« Muslimen zu erhöhen und der christlichen Tradition der Nächstenliebe, Toleranz und Aufklärung einen Islam gegenüberzustellen, der mit Fanatismus, Gewaltbereitschaft und Unterdrückung von Frauen assoziiert wird. Entlang der religiösen Unterscheidung zwischen Christentum und Islam, Okzident und Orient lässt sich somit eine positive Konnotation des »Wir« bei gleichzeitiger Abwertung des »Anderen« vornehmen. Und je erfolgreicher Rechtspopulisten in ganz Europa die christliche Religion für sich in Anspruch nehmen, desto mehr können sich Parteien wie die AfD, FPÖ und SVP, der Rassemblement National, die Lega Nord, Fidesz oder die polnische PiS als die angeblich »wahren«, im Zweifelsfall »einzigen« Verteidiger des christlichen Abendlandes inszenieren. Sie wirken dadurch als Teil eines politischen Großprojekts, obwohl diese Gruppierungen bei näherem Hinsehen wenig miteinander zu tun haben. Im Feindbild Islam finden sie erst einen Nenner, im Zurückschlagen der angeblich drohenden muslimischen Unterwanderung ein gemeinsames politisches Ziel. Der Legitimität und Plausibilität ihrer im Grunde höchst »unchristlichen« Anliegen kommt dieses Image sehr zugute, indem nicht zuletzt die eigentlichen Gegenstände ihres »Glaubens« die Einheit der Nation, die Gemeinschaft des Volkes oder auch die Beschwörung der eigenen kulturellen Größe eine pseudoreligiöse Note erfahren. Dies verdeutlicht, warum Rechtspopulisten für gewöhnlich von den ethischen Kernbotschaften des christlichen Glaubens abrücken und die Religion lediglich als Identitätsmarkierung bemühen. Mit dieser lassen sich ethnische, sprachliche und kulturelle Unterschiede in eine »höhere« Dimension transportieren und mithin radikal verabsolutieren.

Die im erwähnten Sonderheft versammelten Beiträge belegen jene Instrumentalisierung des Christentums durch rechtspopulistische Agitatoren vor allem entlang der Beispiele in Deutschland, Frankreich und Italien. Die einschlägigen Bezüge, derer sich Parteien wie die AfD, der Rassemblement National oder die Lega bedienen, sind hier offenbar dazu angetan, die eigenen nationalistischen, migrations- und islamfeindlichen Haltungen als »kulturkonservatives« Christentum zu verharmlosen. Nachzuweisen ist dabei eine paradoxe »Mischargumentation«, mit der Rechtspopulisten sowohl auf die christliche Kultur als auch auf die Säkularität Europas pochen. Dadurch erscheint »der« Islam als doppelter Widerspruch zu den europäischen Idealen. Zugleich fällt auf, dass die Rechtspopulisten ihre üblichen Forderungen zur Diskriminierung von Muslimen nicht offen antiliberal, sondern im Gegenteil als Verteidigung des Liberalismus gegen einen angeblich unvermeidlich antiliberalen Islam äußern. Mit solch kommunikativer Verzerrung werden zahlreiche Ängste in der Gesellschaft geschürt und »der« Islam zugleich als Hauptschuldiger gebrandmarkt. Gemäß dieser Lesart werden »der« Islam und »der« Westen folgerichtig als unerbittliche Feinde imaginiert, was einer Marginalisierung muslimischer Stimmen sowie einem antimuslimischen Rassismus Vorschub leistet.

Die Religion als Lückenfüller des Rechtspopulismus in der Demokratie?

Die Nähe, die Rechtspopulisten bewusst zu konservativ-christlichen Politikauffassungen suchen, bezweckt nicht zuletzt, in den entsprechenden Wählerschichten zu wildern. Strategisch lässt sich hier jedoch mitnichten ein Alleinstellungsmerkmal ausmachen, da das gleiche Verhaltensmuster ebenso im Hinblick auf andere Konkurrenten zu bemerken ist. Im Sinne von Catch-All-Parteien versuchen Rechtspopulisten mithin, die Sozialpoli-

tik der Linken und Sozialdemokraten oder das ökologische Thema der Grünen zu okkupieren. Jene programmatische Flexibilität dient zudem abermals dem Unterfangen, das Label des Extremismus abzustreifen.

Davon abgesehen hält die Religion allerdings ein besonderes Potenzial bereit, um über mögliche Lücken und Inkonsistenzen in der politischen Agenda des Rechtspopulismus hinwegzuhelfen. Hierzu zählt zum einen, dass sich Rechtspopulisten meist sehr volksnah geben, um als Anwälte der Unterdrückten und Schlechtergestellten zu überzeugen. Doch entstammen sie selbst fast immer der Elite, die sie verbal bekämpfen. Mit Religion und Christentum auf ihrer Seite erhöhen Rechtspopulisten demnach ihre Glaubwürdigkeit, nicht bloß eigene Interessen zu verfolgen, sondern tatsächlich das Gemeinwohl im Auge zu behalten. Zum anderen ist die Religion heute zwar bei vielen als rückständig und antimodern verschrien, ein populäres und wissenschaftlich nachgewiesenes Vorurteil besagt allerdings gleichwohl, dass Atheisten häufig unmoralische Menschen seien, die sich an keine Regeln und Werte halten (9). Für Rechtspopulisten, die nicht selten mit radikalen, ja menschenverachtenden Forderungen auffallen, besitzt der Bezug auf die Religion somit den willkommenen Effekt, sie womöglich als sittenstreng, aber eben nicht als »unmoralisch« auszuweisen. Mit anderen Worten, mithilfe der Religion verbrämen sie einmal mehr ihr politisches Programm. Hinzu kommt, dass die von (Rechts-)Populisten üblicherweise vorgenommene, rechtsstaatsfeindliche Vereinseitigung der Demokratie in Richtung einer Mehrheits-tyrannie bzw. eines homogenen, identitären Volkskörpers klare Bruchstellen zu klassisch-konservativen Motiven beinhaltet. Kein Zufall ist es hier, wenn die von Rechtspopulisten vorrangig antielitär und basisdemokratisch konnotierte Volksherrschaft die traditionell egalitarismusskeptischen Autoritätsvorstellungen von Konservativen konterkariert. Die Haltungen zu Demokratie und Religionsfreiheit können deshalb insgesamt als plausible Kriterien veranschlagt werden, um Konservative und Rechtspopulisten (sowie deren Wahlklientel) nicht undifferenziert über einen Kamm zu scheren.

Die Gefahr einer identitätspolitischen Falle

Die (pseudo-)religiös-nationalistische Identität, die Rechtspopulisten entlang der scharfen Entgegensetzung von christlichem Abendland und Islam zu kultivieren trachten, ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Dies beginnt schon mit der Tatsache, dass es »den« Islam als monolithischen Block überhaupt nicht gibt und stattdessen eine Vielzahl verschiedener Religionsgemeinschaften existiert, die »dem« Islam zuzurechnen sind, genauso wie dies auch im Christentum oder bei anderen Religionen der Fall ist. Das Freund-Feind-Denken der Rechtspopulisten ist infolgedessen dazu angetan, gebotene Differenzierungen aufzuheben und eine deutsche oder europäische Identität in bloßer Abgrenzung zum Islam zu definieren. Dieses simplifizierte religiöse Labeling, das spätestens seit 9/11 an Bedeutung gewonnen hat, erleichtert die gedankliche Spaltung zwischen »westlicher« und »islamischer« Welt und verkennt die Religion als Merkmal bloßer Zugehörigkeit zu einem Kollektiv (»Belonging without believing«). Wie erfolgreich sich jene rechtspopulistisch lancierte religiöse Freund-Feind-Dichotomie in der Gesellschaft bereits ausgebreitet hat, zeigt sich aktuell an der Dauerhaftigkeit der Debatte, ob »der« Islam zu Deutschland gehört oder nicht. Unabhängig von jeder positiven oder negativen Antwort wird nämlich allein durch die Art der Fragestellung performativ die Möglichkeit eingeräumt, sie zu verneinen. Dies erweckt unvermeidlich den Eindruck, als stünde überhaupt zur Disposition, dass Muslime infol-

ge ihrer Religionszugehörigkeit in diesem Land nicht willkommen seien und das Grundrecht auf Religionsfreiheit für sie allenfalls eingeschränkt gelte. Davon abgesehen wird ebenfalls über die Art der Fragestellung die unhaltbare Ansicht unterstrichen, als würde »der« Islam diejenigen, die an ihn glauben, in irgendeiner Weise festlegen: auf eine bestimmte Art zu denken und zu handeln sowie auf eine von allen Muslimen geteilte politische und kulturelle Identität. Dadurch droht die unentbehrliche Einsicht unterzugehen, dass es unter Muslimen wie unter Christen stets verschiedene Gruppen gibt: Radikale und Gemäßigte, Fanatiker und Tolerante, Integrationswillige und -unwillige, Strenggläubige und diejenigen, die nur formal einer Religionsgemeinschaft angehören. Die Gründe der Attraktivität, die der radikale Islamismus und Dschihadismus heute als kompromisslose Alternative zur westlichen Gesellschaft genießt, müssen in diesem Zusammenhang zwar unvoreingenommen diskutieren werden. Eben dafür aber ist die gegenwärtige Perspektive des Rechtspopulismus absolut kontraproduktiv, weil er nach solchen kontingenten Gründen von vornherein nicht fragt, sondern vielmehr von einer essentialistischen Gewaltaffinität »des« Islam ausgeht. Schlimmstenfalls verursacht und legitimiert er damit Diskriminierungen von Muslimen, die in der Folge zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden, was eine mögliche Feindschaft zwischen »westlicher« und »islamischer« Welt betrifft.

Sozialpsychologische Erklärungen und Lösungen

Die Wahl rechtspopulistischer Parteien wie AfD und die Zustimmung zu rechtspopulistischen Bewegungen wie PEGIDA hängen zu einem großen Teil mit islamfeindlichen Einstellungen zusammen (10). Diese wiederum lassen sich vor allem sozialpsychologisch erklären. Relativ eindeutig spielen hier Ängste und Bedrohungsgefühle in der Bevölkerung eine Rolle. Angst hat die Bevölkerung weniger davor Opfer eines islamistischen Terroranschlags zu werden, sondern vor allem davor, dass die eigenen Weltanschauungen in Gefahr geraten und die eigene Kultur durch andere, fremde Kulturen unterwandert wird.

Durch die Einteilung der Rechtspopulisten in das »Wir« und die »Anderen«, die »Guten« und die »Bösen« bzw. der »Freund« und der »Feind« werden Radikalisierungsprozesse und Gewaltdynamiken in Gang gesetzt, die eine weitere Spaltung in ein »christliches Abendland« und die »islamische Welt« befördern. Dies geht sogar so weit, dass sich Menschen selbst in Regionen wie Ostdeutschland plötzlich mit dem christlichen Abendland identifizieren, obwohl gerade dort die Mehrheit der Bevölkerung weitestgehend säkularisiert ist. Bereits die Reaktionen gemäßigter Politiker auf Terroranschläge durch Islamisten können ungewollt problematisch sein, wenn eine Sprache gewählt wird, die diese Spaltung bestätigt. Ein gezielter »Angriff auf die westliche Welt und deren Werte« bestätigt sowohl Islamisten in der Rationalisierung ihres vermeintlich politischen Freiheitskampfes als auch die Rechtspopulisten in ihrer Abwertung des Islam und der Muslime. So entsteht eine Gewaltspirale, die nicht mehr leicht zu durchbrechen ist.

Die Problematik verschärft sich, weil unter den Wählern der AfD überdurchschnittlich viele Menschen sind, die sowohl narzisstisch als auch autoritär eingestellt sind (11). Diese Persönlichkeitsmuster gehen mit einem Mangel an Empathie einher. Ohne Empathie und den Respekt vor den Bedürfnissen anderer, ist allerdings keine funktionierende Demokratie möglich. Die Forderung nach mehr politischer Bildung klingt zunächst gut, sie

funktioniert aber nicht auf der Ebene der reinen Wissensvermittlung, sondern vor allem auf der emotionalen Ebene. Insbesondere Kinder und Jugendliche können durch Kontakte mit Fremden und durch den Wechsel von Perspektiven Mitgefühl für andere entwickeln und so ihre Vorurteile abbauen (12), die oftmals dort stärker ausgeprägt sind, wo Menschen nur selten oder sogar gar nicht in Kontakt mit fremden Kulturen kommen.

Anmerkungen

- (1) Marzouki et al. 2016
- (2) vgl. Brague 1993; Bizeul 2009
- (3) Rydgren 2007; Mudde 2007; Pirro 2015; Minkenberg 2018
- (4) Hark/Villa 2015; Kuhar/Paternotte 2017
- (5) vgl. Arzheimer/Carter 2009; Minkenberg 2018
- (6) Pickel 2018
- (7) Hidalgo/Pickel 2019
- (8) Hidalgo et al. 2018
- (9) vgl. Gervais et al. 2017
- (10) Pickel/Yendell 2018; Yendell et al 2016
- (11) Yendell et al 2018
- (12) Beelmann/Heinemann 2014

Literaturverzeichnis

Arzheimer, Kai/Carter, Elizabeth (2009): Christian Religiosity and Voting for West European Radical Right Parties. In: West European Politics 32.5, S. 985-1011.

Beelmann, Andreas/Heinemann, Kim Sarah (2014): Preventing prejudice and improving intergroup attitudes. A meta-analysis of child and adolescent training programs. Journal of Applied Developmental Psychology, 35, 10-24. doi: 10.1016/j.appdev.2013.11.002.

Bizeul, Yves (2009): Glaube und Politik, Wiesbaden.

Brague, Rémi (1993): Europa. Eine exzentrische Identität, Frankfurt a. M./New York.

Gervais, Will M., et al. (2017): Global Evidence of Extreme Intuitive Prejudice Against Atheists. In: Nature Human Behaviour 1, 1–5.

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2015). Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schau-plätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld.

Hidalgo, Oliver/Hildmann, Philipp W./Yendell, Alexander (Hrsg.) (2018): Rechtspopulismus und Religion. Sonderheft 2.2 der Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, Wiesbaden.

Hidalgo, Oliver/Pickel, Gert (Hrsg.) (2019): Flucht und Migration in Europa. Neue Herausforderungen für Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Wiesbaden.

Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hrsg.) (2017): Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality, Lanham.

Marzouki, Nadia/McDowell, Duncan/Roy, Olivier Roy (Hrsg.) (2016): Saving the People. How Populists Hijack Religion, London.

Minkenberg, Michael (2018): Religion and the Radical Right. In: Rydgren, Jens (Hrsg.): The Oxford Handbook of the Radical Right, Oxford, S. 366-393.

Mudde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge.

Pickel, Gert; Yendell, Alexander (2016): Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 10 (3-4), S. 273–309. DOI: 10.1007/s12286-016-0309-6.

Pickel, Gert (2018): Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen. In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2.2, S. 277-312.

Pickel, Gert/Yendell, Alexander (2018): Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 217–242.

Pirro, Andrea (2015): The Populist Radical Right in Central and Eastern Europe, London.

Rydgren, Jens (2007): The Sociology of the Radical Right. In: Annual Review of Sociology 33, S. 241-262.

Yendell, Alexander/Brähler, Elmar/ Witt, Andreas/Fegert, Jörg M./Allroggen, Marc/ Decker, Oliver (2018): Die Parteien und das Wählerherz 2018. Leipzig. Online verfügbar unter <https://bit.ly/2wSYTcd>

Yendell, Alexander/Decker, Oliver/Brähler Elmar (2016): Wer unterstützt PEGIDA und was erklärt die Zustimmung zu den Zielen der Bewegung? In: Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (Hg.): Die enthemmte Mitte - rechtsextreme und autoritäre Einstellung 2016. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 137–152.

Autoren

PD Dr. Oliver Hidalgo ist außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Regensburg und Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Seine Schwerpunkte sind politische Theorie unter besonderer Berücksichtigung von Politik und Religion. Darüber hinaus ist er in der wissenschaftlichen und politischen Beratung tätig und ist Mitbegründer des Instituts für Politische Psychologie und Demokratie.

Dr. Alexander Yendell ist promovierter Soziologe und vertritt zurzeit die Professur für Religions- und Kirchensoziologie an der Universität Leipzig. Er ist Mitglied im Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig und gründet zusammen mit Oliver Hidalgo das Institut für Politische Psychologie und Demokratie. Seine Themenschwerpunkte sind Religionssoziologie, Islamfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Kontakt

PD Dr. Oliver Hidalgo
Institut für Politikwissenschaft
Universität Regensburg
Universitätsstr. 31
93040 Regensburg
Tel: 0941-943-3520
Email: oliver.hidalgo@politik.uni-regensburg.de

Dr. Alexander Yendell (Vertretung der Professur für Religions- und Kirchensoziologie)
Universität Leipzig
Institut für Praktische Theologie
Martin-Luther-Ring 3
04109 Leipzig
Email: alexander.yendell@uni-leipzig.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de